Zeno-Zeitung

Volksblatt
für Bocholt und den Kreis Borken

Rheder Volkszeitung
Generalanzeiger für Bocholt
Anholter und Isselburger Zeitung.

65. Jahrgang
Postverlagsort: Bocholt.
Postversandort: Dortmund

Bezugspreis: Abgeholt von der Geschäftsstelle 45 Pfg. wöchentlich. Durch Boten gebracht 2,20 Mk. monatlich, einschließlich 25 Pfg. Botenlohn. Durch die Post einschließlich 42 Pfg. Bestellgeld 2,52 Mk. — Anzeigen-Sammelpreis für sämtliche Zeno-Zeitungen 10 Pfg. bei 22 Millimeter Breite. Anzeigen im Textteil (81 Millimeter Breite) 80 Pfg. je Millimeter. Hauptgeschäftsstelle Bocholt: Realschulstraße 14, Fernsprecher 3054. Annahmestellen für Anzeigen und Ausgabe von Zeitungen: Bocholt, Dinxperloer Straße 55 (L. Florack), Burloer Weg 2 (G. Rötten), Schwanenstraße 2 (B. Unland), Sachsenstraße 69 (H. Nakotte), Gneisenaustraße 35 (H. Querbach), Potsdamstraße 3 (W. Hoves). Geschäftsstelle Rhede: Deichstraße 28, Fernsprecher Amt Rhede 79.

Nummer 353 | Sonntag, den 22. Dezember 1935 | Jahrgang 1935

Immer verwickeltere Lage.

Italien betrachtet den Friedensplan noch immer als gültig.

(!) **Paris**, 21. Dezember.

Der „Matin" berichtet zu der gestrigen Unterredung des Ministerpräsidenten Laval mit dem italienischen Botschafter, dieser habe mitgeteilt, die italienische Regierung betrachte den Pariser Regelungsvorschlag noch immer als gültig. Italien sei vorschriftsmäßig mit einem Plan befaßt worden, den zwei vom Völkerbund hierzu beauftragte Mächte ausgearbeitet hätten. Es hätte mithin das Recht, ebenfalls zu verlangen, daß dieser Plan als Verhandlungsgrundlage berücksichtigt werde, wenn in Zukunft Friedensverhandlungen beginnen. Der italienische Botschafter habe dem französischen Ministerpräsidenten gestern keine Antwort seiner Regierung übergeben, da diese erst nach der Nachtsitzung des Großen Faschistischen Rates aufgesetzt werde.

Nach dem „Oeuvre" dürfte Ministerpräsident Laval dem italienischen Botschafter die außerordentliche Unzufriedenheit zu verstehen gegeben haben, die man in amtlichen Pariser Kreisen hinsichtlich der Haltung Italiens empfindet. Die Haltung Italiens werde als unter jedem Gesichtswinkel unverständlich angesehen. Das Blatt ist ferner der Ansicht, daß die englische Regierung jetzt auf eine außerordentliche Sitzung des Völkerbundsrates gegen den 10. Januar hin steuert, die als friedliche Kundgebung der Kräfte gedacht sei, die der „Völkerbundsgedanke" nötigenfalls einem Angreifer entgegenstellen könne. Dadurch solle die italienische Regierung verhandlungsbereit oder wenigstens an einer Störung der Ordnung in Europa verhindert werden.

Zurück zur Sanktionspolitik!

Außenpolitische Rede Neville Chamberlains.

£ **London**, 21. Dezember.

Der Schatzkanzler Neville Chamberlain hielt am Freitagabend in Birmingham eine große außenpolitische Rede von programmatischem Charakter. Er wiederholte zunächst, daß die Pariser Friedensvorschläge tot und begraben seien und nicht mehr zum Leben erweckt würden und sagte dann:

„Ich vermute, daß für den Augenblick alle Versuche einer friedlichen Regelung als beendigt betrachtet werden müssen.

Man muß daher zur Sanktionspolitik zurückkehren. Ich vertraue darauf, daß die Völkerbundsstaaten zeigen werden, daß sie gewillt sind, sich in Bereitschaft zu setzen,

um jedem Angriff Widerstand zu leisten, der gegen irgendeinen Völkerbundsstaat unternommen werden könnte."

Die Rede des Schatzkanzlers klang in der Forderung aus, daß England mit Macht aufrüsten müsse um seine kollektiven Sicherheitsverpflichtungen erfüllen zu können. In diesem Zusammenhang sagte er u. a.:

„Wenn wir mitwirken wollen, den Völkerbund zu einem wirklich erfolgreichen Werkzeug für die Erhaltung des Friedens zu machen, dann müssen wir uns in die Lage versetzen, unsere Verpflichtungen zu erfüllen und jeder Gefahr, die aus ihnen erwachsen kann, entgegenzutreten. Wir müssen das tun, und wenn andere Staaten dasselbe tun, und zeigen, daß auch sie bereit sind, ihren Anteil an dem Risiko zu übernehmen, dann wird das Risiko selbst verschwinden.

Welche Art von Druck auch der Völkerbund in Zukunft auf einen Angreifer ausüben mag — das letzte Hilfsmittel und die Tatsache, die den Ausschlag gibt, ist die Tatsache der Gewalt und nichts anderes. Solange ein Angreifer nicht überzeugt ist, daß ihm eine Gewalt gegenübersteht, die zu groß ist, als daß er ihr Widerstand leisten könnte, solange wird es niemals irgendeine Sicherheit geben.

Es wird die Pflicht der britischen Regierung in den kommenden Jahren sein, unsere Verteidigungskräfte wieder auf einen Stand zu bringen, der uns das Gefühl gibt, daß nicht nur die Sicherheit dieses Landes und der großen Handelsstraßen zwischen England und den anderen Mitgliedern des britischen Weltreiches, von denen unser Fortbestand abhängt, gewährleistet ist, sondern daß wir auch in der Lage sind, unserem kollektiven Vorgehen beim Völkerbund Rückhalt zu verleihen."

Weitere italienische Truppenentsendungen nach Libyen.

DNB **London**, 21. Dezember.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" meldet, Nachrichten aus Italien zufolge werde zurzeit die baldige Entsendung einer weiteren mechanisierten Division nach Benghasi an der libyschen Küste vorbereitet.

Die augenblickliche genaue Stärke der italienischen Streitkräfte in Libyen sei schwer zu berechnen. Mussolini habe zwar vor einigen Wochen seine Absicht mitgeteilt, eine Division aus Libyen zurückzuziehen, und es sei auch bekannt, daß gewisse Einheiten zurückgezogen wurden. Aber ein klarer Beweis, daß die gesamte Division Afrika verlassen habe, sei niemals vorhanden gewesen. Vielmehr wisse man, daß mehrere hundert Motorfahrzeuge verschiedener Typen in der Zwischenzeit von Italien nach Libyen gesandt worden seien. Die Hauptmasse der italienischen Streitkräfte sei längs der ägyptischen Grenze versammelt, und man sage, daß sie ungefähr dreimal so stark sei, wie die gesamten britischen Streitkräfte in Aegypten.

„Italien setzt seine Aktion entschlossen fort".

Entschließung des Großen Faschistischen Rates.

▲ **Rom**, 21. Dezember.

Der Große Faschistische Rat, der am Freitag abend um 10 Uhr zusammengetreten war, hat sich nach dreistündiger Sitzung auf den 18. Januar, abends 10 Uhr, vertagt.

Nach dem amtlichen Bericht hat der Rat „die politische Lage geprüft, wie sie sich nach der von der englischen Seite erfolgten Verwerfung der Pariser Vorschläge ergibt, die der Initiative Frankreichs zu danken sind und die der Große Faschistische Rat in seiner Sitzung vom 18. Dezember einer eingehenden Prüfung unterzogen hatte".

Folgende Entschließung ist durch Zuruf angenommen worden:

„Der Große Faschistische Rat stellt fest, daß das italienische Volk gegenüber der offenkundigen Desorientierung und den Widersprüchen in der Haltung der Sanktionsländer in der strengen Verteidigung des eigenen Rechts unerschütterlich einmütig bleibt, indem es mit der Goldspende einen machtvollen Beweis seines Widerstands und Siegeswillens gibt. Er entbietet den Soldaten und Schwarzhemden, die in Ostafrika mutig für die Sache der Zivilisation und für die höchsten Ziele der Sicherheit und Zukunft der Nation kämpfen, seinen Gruß und stellt fest, daß die Aktion des faschistischen Italiens mit unbeugsamer Entschlossenheit für die nötige Erreichung der vom Duce für die Geschicke des Vaterlandes vorgezeichneten Ziele fortgesetzt wird".

Schließlich hat der Große Faschistische Rat von einer Erklärung Kenntnis genommen, die vom Vorsitzenden des Reichsverbandes der italienischen Industrie, Graf Volpi, vorgelegt worden war. In dieser Erklärung heißt es, daß die faschistischen Verbände der Industrie und der landwirtschaftlichen Arbeiter als sichere Wortführer aller Kategorien der in die Syndikalistische Organisation des Regimes eingegliederten Arbeiter am Ende des ersten Monats des „Wirtschaftskrieges" erklären,

daß der Geist der Disziplin und des Widerstandswillens der organisierten Massen mit dem Andauern des vergeblichen Erstickungsversuches weiter zunimmt, daß ferner die italienischen Erzeuger unter den gegenwärtigen Umständen die Gelegenheit ergreifen, um eine immer größere wirtschaftliche Autarkie zu verwirklichen, die sie im höchsten Grade von den Formen der Abhängigkeit vom Auslande befreit, die eine schwere Belastung für die Freiheit und die Unabhängigkeit des italienischen Volkes bilden.

Die erwähnten Verbände wollen ihre eigene Tätigkeit im Rahmen der von der Faschistischen Partei vorbereiteten und geleiteten Aktion erhöhen, insbesondere in Bezug auf Kosten- und Preisgestaltung, eine rasche und greifbare Aktion, die das korporative System mächtig fördert und die Wirtschaftspolitik in diesem entscheidenden Augenblick in Gleichgewicht hält.

Gemeinsame Weihnachtsfeiern im ganzen Reich.

5200000 Kinder werden beschenkt.

Rede des Reichsministers Dr. Goebbels.

▼ **Berlin**, 21. Dezember.

In diesen Tagen haben Tausende von fleißigen Frauen- und Mädchenhänden zu tun, um die Tüten und Pakete fertigzumachen, die am Sonntag, dem 22. Dezember, bei den Weihnachtsfeiern für die vom Winterhilfswerk betreuten Volksgenossen gebraucht werden. NS-Frauenschaft, BdM und Hitlerjugend sind im Verein mit den Helfern der NSV an den Vorbereitungen für die 30 000 Weihnachtsfeiern im Reich beschäftigt, in denen etwa 5 200 000 Kinder beschenkt werden sollen. Alle Organisationen haben sich für die Bereitstellung der Geschenke eingesetzt.

Auf den großen Plätzen, die mit Lichterbäumen geschmückt sind, werden am Sonntag nachmittag Weihnachtslieder von Chören gesungen oder von Musikzügen gespielt werden. Gegen Abend beginnen dann die Weihnachtsfeiern des Winterhilfswerks mit Märchenspielen und Liedern. Es gibt Kuchen mit Kaffee oder Schokolade für die Kleinen. Um 19 Uhr wird in allen Feiern des Reiches die Weihnachtsansprache von Reichsminister Dr Goebbels im Saalbau Friedrichshain gehört werden. Alle Amtswalter und ehrenamtlichen Helfer des Winterhilfswerkes sowie die führenden Persönlichkeiten von Partei und Staat werden an dieser Volksweihnacht teilnehmen und damit den Kindern seiner ärmsten Volksgenossen zu dieser Stunde die gemeinsame Weihnachtsfeier begeht.

Weihnachtsfeiern auf der Straße finden in diesem Jahre wegen des Wetters nicht statt, um Unzuträglichkeiten für die Kinder zu vermeiden.

Riesige Brände in Cardiff und London.

Ein Munitionslager im Warenhaus.

DNB **London**, 21. Dezember.

Die westenglische Hafen- und Industriestadt Cardiff wurde am Freitag abend von einem gewaltigen Großfeuer heimgesucht. Der Brand kam in der Spielwarenabteilung eines mitten im Geschäftsviertel gelegenen Warenhauses zum Ausbruch, kurz nachdem Hunderte von Weihnachtskäufern das Gebäude verlassen hatten. Nach kurzer Zeit war das ganze fünfstöckige Gebäude in Flammen gehüllt. Die Flammen griffen auf einen benachbarten Gebäudeblock über, in dem sich drei große Geschäfte befinden. Zwei Stunden nach Ausbruch des Feuers flog ein großes Munitionslager, das sich im Erdgeschoß des Warenhauses befand, in die Luft. Die Feuerwehrleute mußten um ihr Leben laufen. Scharfe Patronen entluden sich nach allen Seiten, aber wie durch ein Wunder wurde niemand ernstlich verletzt. Wenige Minuten später flog die Feuerwerksabteilung des Warenhauses in die Luft. Tausende von Zuschauern, die durch große Polizeiaufgebote in Ordnung gehalten wurden, sahen, wie sich am Himmel ein Riesenfeuerwerk abspielte. Die Hitze war so gewaltig, daß viele Zuschauer, die über 200 Meter von der Brandstätte entfernt waren, trotz der eiskalten Nacht ihre Mäntel auszogen. Nach einiger Zeit geriet die Zentralmarkthalle in Brand. Das Dach stürzte mit großem Getöse ein. Erst in den frühen Morgenstunden gelang es den gesamten Feuerwehren der Stadt Cardiff, das Feuer einzukreisen. Der Schaden ist außerordentlich groß.

Auch im Zentrum Londons brach am Freitag abend in einem sechsstöckigen Warenhaus in der Regentstraße Feuer aus. 12 Feuerwehren und 60 Feuerwehrleute, die teilweise mit Gasmasken ausgerüstet waren, gingen gegen den Brand vor. Erst nach zwei Stunden gelang es, des Feuers Herr zu werden und das Gebäude zu retten.

Pontinia.

Von unserem römischen Korrespondenten.

▲ **Rom**, 19. Dezember.

Ein heftiger Platzregen klatscht mit schweren dicken Tropfen gegen die Scheiben und auf das Dach des Autos, das in der Dunkelheit des frühen Morgens durch das Tor von San Giovanni zur Stadt hinausfährt. Die Ruinenlandschaft der römischen Campagna verbirgt sich hinter dichten Wasserschleiern. Erst auf der Höhe der Albanerberge hört der Regen auf. Das erste Licht des anbrechenden Tages fällt auf die regenglatte, schwarz glänzende Appische Straße, die in weiten Windungen sanft in die Ebene zurückfällt, aus der sie aufgestiegen ist. Ueber den Volskerbergen, die dann link herausrücken, brauen dichte Nebel. Bei Cisterna beginnt das Gebiet der Pontinischen Sümpfe. Noch vor anderthalb Jahren war das ein scharfer Einschnitt. Heute vollzieht sich der Uebergang aus den Weingärten und Olivenhainen und der fruchtbaren Erde des Abhangs der Albanerberge in das ehemalige Sumpfgebiet schon fast unmerklich. Nur die Kanäle und Abzugsgräben, die planmäßige Verteilung der Ackerbreiten und Gehöfte, das regelmäßige, wie auf dem Reißbrett gezogene Straßensystem und der junge Baumbestand erinnern daran, daß hier ein jahrelanger beharrlicher und opferreicher Kampf gegen den quellenden Sumpf, die fiebrigen Brutstätten der Malaria und die Verwahrlosung der Jahrhunderte geführt worden ist. Vor vier Jahren hat der Faschismus die Trockenlegung der Sümpfe dem italienischen Frontkämpferwerk anvertraut: Mit einem Aufwand von anderthalb Milliarden Lire sind seitdem auf einem Gebiet von 50 000 Hektar 359 Kilometer Straßen gebaut, 1560 Kilometer Kanäle angelegt, 2800 Siedlergehöfte errichtet worden. Am 18. Dezember 1932 ist Littoria, die erste Stadt auf den Sümpfen, von Mussolini eingeweiht worden. Im April 1934 hat der italienische König Sabaudia, die zweite Stadt, eingeweiht. Am 18. Dezember 1934 ist das ehemalige Sumpfgebiet zur Provinz erhoben, Littoria zur Provinzhauptstadt gemacht worden. „Questa è la guerra che noi preferiamo" — hat Mussolini bei einer dieser Gelegenheiten stolz gesagt. „Dies ist der Krieg, den wir vorziehen."

★

Es hat wieder zu regnen angefangen. Das Auto fährt an einem Bäuerlein vorbei, das gemächlich auf



Eine Gedenkstätte für die erste Zeitung Deutschlands

Der Deutsche Zeitungswissenschaftliche Verband wird am Hause der ältesten deutschen Zeitung in der Pfladerstraße in Augsburg, einem Giebelhause, eine Tafel anbringen. Es handelt sich um den Augsburger „Aviso" der vom Januar 1609 an von Johann Schultes in Augsburg gedruckt wurde und die älteste Zeitung Deutschlands und wahrscheinlich auch die älteste Zeitung der Welt ist. Die Stadt Augsburg beabsichtigt, dieses Haus, das unser Bild zeigt, zu einer Gedenkstätte auszubauen. (Scherl-M)

seinem Esel reitet und einen riesengroßen grünen Regenschirm über sich aufgespannt hat. Der Schirm reicht auch noch für seinen Bub, der hinter ihm auf dem Rücken des Grautiers seine langen Beine herabhängen läßt. Die Bäuerin, ein Tuch über dem Kopf, stapft gutmütig hinterdrein und hält sich mit der rechten Hand am Schwanz des Esels fest. Ein Familienidyll. Wenn die Wolken etwas höher ziehen, kommen links auf den kahlen Bergen, die fast senkrecht zur Ebene abstürzen (und deren Gewässer, weil sie in dem flachen Lande davor nicht abfließen konnten, den Sumpf hervorgebracht haben), die grauen Umrisse malerisch getürmter Dörfer und Städtchen mit Kastellen und Kirchen heraus. Früher hat man nur dort oben wohnen können, weil der Fieberdunst die Menschen hinauftrieb. Jetzt stehen unten überall die sauberen Häuser der Siedler. Der Regen hört wieder auf, und sogleich sieht man wie einen großen Buckel das zackige Vorgebirge Circeo aufragen. Bricht die Sonne durch, so läßt sie in der Ferne in hellem Glanz ein Stück Meer aufschimmern. Alles Land steht grün in der Wintersaat. Auf den Weiden ducken die großen grauen Campagnarinder den breiten Kopf mit weit ausladendem Gehörn. Das Auto biegt zwei Mal rechts ab, Richtung Pontinia. Das ist die dritte Stadt, die heute eingeweiht wird. Wiederum an einem 18. Dezember. Das ist dieses Jahr zugleich der Tag, an dem die Frauen in ganz Italien ihre goldenen Eheringe und ihren Schmuck opfern. Nicht für den Krieg gegen Sumpf und Fieber, sondern für den Krieg in Ostafrika.

*

Pontinia eine Stadt zu nennen, ist eine kleine Uebertreibung. Es handelt sich mehr um ein ländliches Verwaltungszentrum. Um einen Mittelpunkt für die über das flache Land auf viele Parzellen verstreuten Siedler. Was heute fertig ist, steht fast alles um einen weiträumigen Marktplatz herum: ein Rathaus mit hohem Turm, ein Postgebäude, ein Gasthof, ein Parteihaus, ein Haus der Balilla, ein Haus des Feierabendwerkes Dopolavoro. Eine Kirche ist noch im Bau. Der ganze Platz ist dicht mit Menschen gefüllt, mit und ohne Uniform. Aus allen Siedlungen der neuen Provinz Littoria sind sie zukammengekommen, mit Fahnen und Wimpeln. Sie warten auf den Duce. Vor der Front des Rathauses ist ein Podium aufgeschlagen. Kaum ist Mussolini angekommen, da springt er auch schon hinauf. Er trägt die schwarze Winteruniform der Partei mit einem schwarzen, rotgeränderten Fez. Das Volk jubelt, Glocken läuten, Musik fällt ein. Der Bischof von Terracina spricht den Segen über die neue Stadt und ihre Fahnen: ein großer stattlicher Mann mit langem Bart in der taubengrauen Tracht der Ordensbischöfe. Dann hält er mit weithin rollendem Baß eine patriotische Ansprache an Mussolini. Saluto al Duce! schließt er mit erhobener Hand.

Später ergreift Mussolini, dicht umringt von den hohen Würdenträgern der Partei und des Staates, selbst das Wort. Die Rede hat politisches Gewicht und ist schon übermittelt worden. Das Volk hängt an den Lippen des feurigen Redners, es steht ganz in seinem Bann. Immer wieder unterbricht es ihn mit lautem Beifall, wenn er für einen kurzen Augenblick die fest in die Hüfte gestemmten Arme löst und mit weit ausholender Faust ein Wort oder einen Satz in die Luft hämmert. Dann kommt der große Augenblick dieses Tages. Die Frauen der Provinz schreiten im Opfergang an Mussolini vorbei. Zuerst gibt der Bischof seinen Ring her. Dann kommen in langer Reihe die Frauen, Mütter und Töchter der Siedler. Viele alte Frauen darunter, von harter Arbeit gebeugt. Mühsam steigen sie auf das Podium. Sie bringen das Letzte und Beste, was sie haben. Einen ganzen Stahlhelm voll von Gold, Ringen, Armbändern, Ketten, Kreuzen zeigt Mussolini mit weit ausgestrecktem Arm dem Volk auf dem Marktplatz. Die Sammlung der ganzen Provinz? Nein. Jede dieser Frauen bringt einen Stahlhelm voll Gold, im Umkreis der Nachbarschaft gesammelt. Als es zum Schluß gewogen wurde, waren es fast hundert Kilogramm! Da muß das letzte Stück eines in ganzen Bauerngenerationen gesammelten Vermögens geopfert worden sein. Mussolini selbst ist offenbar überwältigt. Mit zuckendem Gesicht wendet er sich ab. Da kommt eine alte Bauersfrau mit den Medaillen ihrer drei Söhne, die im Krieg gefallen sind. Der Duce umarmt und küßt sie vor allem Volke. Immer wieder zeigt er die goldgefüllten, mit grünem Laub und Bändern verzierten Helme, ehe er den glitzernden Inhalt in einen großen Behälter schüttet. Immer wieder geht eine Welle der Begeisterung über den Marktplatz. Die Fahnen werden geschwenkt. Lieder erklingen. Zum Schluß die Giovinezza, die faschistische Hymne.

*

Auf der Rückfahrt scheint die Sonne frühlingshaft über das aus der gurgelnden Gewalt der stickigen Wasser erlöste Land. Kurz vor Rom ist der Himmel wieder mit Wolken verhängt. In der Stadt ist fast nicht durchzukommen. In der Nähe der Piazza Venezia müssen alle Fahrzeuge umgeleitet werden. In allen Zugangsstraßen drängen sich die Frauen zum Opfergang. In breiten Reihen steigen sie die Stufen zum Nationaldenkmal hinauf und werfen die Eheringe in einen Schmelztiegel vor dem Grab des Unbekannten Soldaten. Am frühen Morgen hat die Königin hier den Anfang gemacht. Seitdem ziehen ununterbrochen die Frauen vorbei. Noch in der Dämmerung des Abends hat der Zug kein Ende gefunden.

Die Abessinier melden die Wiedereroberung von Makalle.

DNB **Addis Abeba, 21. Dezember.**

Nach abessinischen Meldungen von der Nordfront sollen Teile der Heeresgruppe Ras Seyums mit größeren Truppenabteilungen die Stadt Makalle und die umliegenden Gebiete zurückerobert haben. Eine Nachprüfung der Richtigkeit der Meldungen von Addis Abeba aus ist zur Zeit noch nicht möglich.

Geplante Militärreformen in Belgien.

Die Sozialisten und Flamen machen Schwierigkeiten.

DNB. **Brüssel, 21. Dezember.**

Am Freitag hat im Ministerrat Kriegsminister Devèze seine Vorschläge über die Erhöhung der Militärausgaben und die Verlängerung der Dienstzeit zur Sprache gebracht und darüber einen eingehenden Bericht erstattet. Eine Entscheidung ist im Kabinett nicht gefallen, was angesichts des Widerstandes, der namentlich bei den Sozialisten und bei den Christlich-Demokraten gegen die Pläne des Ministers besteht, nicht verwunderlich ist. Man kam überein, die Prüfung der vom Kriegsminister vorgetragenen Fragen in späteren Kabinettssitzungen fortzusetzen. Am Schlusse des Ministerrats wurde folgende Mitteilung veröffentlicht: „Der Ministerrat hat einen Bericht des Ministers für Landesverteidigung hinsichtlich der Ergebnisse, zu denen der im vergangenen September eingesetzte Kabinettsausschuß für Sicherheitsfragen gelangt ist, entgegengenommen. Aus diesem Bericht geht hervor, daß seit dem Militärgesetz vom Jahre 1928 die Umstände sich geändert haben und daß Geschehnisse eingetreten sind, die eine neue Prüfung der Gesamtfrage der Verteidigung des Staatsgebietes rechtfertigen. Der Ministerrat hat von den Bedingungen Kenntnis genommen, unter denen sich augenblicklich diese Frage darstellt. Ihre Prüfung wird im Laufe späterer Kabinettssitzungen fortgesetzt werden."

Die Kammer nahm bereits am Donnerstagabend nach ziemlich erregter Aussprache einen Gesetzentwurf über die Erhöhung des Truppenkontingents für 1936 von 40 000 auf 44 000 Mann an. Der Kriegsminister Devèze, der die Erhöhung des Truppenkontingents und die Zusammenlegung der Uebungszeiten in einer längeren Rede rechtfertigte, wurde dauernd von den Sozialisten und den radikalen Flamen unterbrochen, sodaß er sich zeitweise kaum Gehör verschaffen konnte. Devèze kam auch auf die Zwischenfälle im Heeresausschuß der Kammer zurück und bestätigte bei dieser Gelegenheit die Pläne bezüglich der neuen Militärausgaben und der Neuregelung der Dienstzeit. Er wies es aber zurück, daß die Kammer schon jetzt diese Pläne erörtere und weigerte sich auch ausdrücklich, über die Gründe zu sprechen, die für seine Pläne von den zuständigen Militärstellen im Einvernehmen mit dem von der jetzigen Regierung geschaffenen Kabinettsausschuß für Sicherheitsfragen geprüft worden seien. Die Erklärung des Kriegsministers wurde von einem großen Teil der Abgeordneten, namentlich den Flamen und den Sozialisten, mit großer Unruhe aufgenommen.

Der Stellvertretende Ministerpräsident Vandervelde griff in die Aussprache mit einer Erklärung ein, in der er auf die bei der Bildung des Kabinetts van Zeeland getroffenen Vereinbarungen hinwies, daß auf militärischem Gebiet und in der Schulfrage der „status quo" aufrechterhalten werde. Selbst der Ministerpräsident van Zeeland sah sich schließlich gezwungen, mit einigen beruhigenden Worten die Gemüter zu beschwichtigen. Auch er hielt es für verfrüht, auf die von Vandervelde angeführten Vereinbarungen hinzuweisen. Er erklärte, daß der bestehende Zustand in den genannten Fragen nur solange gelte, als er nicht durch einmütigen Ministerratsbeschluß aufgehoben werde.

Mit diesen Worten hat auch van Zeeland zu verstehen gegeben, daß die von Devèze gewünschten Erhöhungen der Militärausgaben und die Verlängerung der Dienstzeit nur dann Aussicht haben, vor das Parlament zu kommen, wenn das Kabinett diesen Plänen einstimmig seine Billigung erteilt.

Das neue Regime in Nord-China.



Wir bringen hier die ersten Bilder aus dem Hauptquartier der Autonomisten in Nord-China, die sich am 25. November selbständig gemacht und ein „Anti-kommunistisch autonomes Komitee" gebildet haben, das die Regierungsgeschäfte in der neuen autonomen Provinz Chitung führt. An der Spitze der neuen Regierung, die ihren Sitz in der Stadt Tungchou, 25 Kilometer östlich von Peking hat, steht ein in Japan erzogener Südchinese Yin Ju-keng. Unsere Bilder zeigen Yin Ju-keng in chinesischer Kleidung mit seinem Sekretär Chih Chungmei, der bisher Kaufmann in Schanghai war. Das andere Bild zeigt einen Posten vor dem Hauptquartier der Autonomisten in Tungchou. (Weltbild-M).

Auflösung des Reichsverbandes Deutscher Rundfunkteilnehmer.

DNB **Berlin, 21. Dezember.**

Der Reichsverband Deutscher Rundfunkteilnehmer e. V. hat seine Auflösung beschlossen, da seine Aufgaben, die in der Durchsetzung einer nationalsozialistischen Rundfunkpolitik bestanden, erfüllt sind. Die technischen Verbandseinrichtungen werden, soweit sie nicht zur Liquidation benötigt werden, den Funkstellenleitern der Partei übergeben werden. Im Saargebiet wird der Verband mit Rücksicht auf die besonderen rechtlichen und politischen Verhältnisse bis zum 31. März 1936 fortgeführt.

Die neuen Urlauberschiffe von „Kraft durch Freude".

Berlin, 21. Dezember.

Dr. Moos, der Abteilungsleiter im „Amt für Reisen, Wandern und Urlaub", gab dem Hauptschriftleiter des „Arbeitsmann" eine eingehende Darstellung der geplanten neuen Urlauberschiffe von „Kraft durch Freude". Danach wird ein völlig neuer Schiffstyp geschaffen, der in jeder Hinsicht restlos den Aufgaben dient, für die er bestimmt ist. Das Schiff hat eine Tonnage von 22 000 Brutto-Register-Tonnen, eine Länge von 175 m und eine Breite von 23 m, fährt 14 Knoten und kann 1400 Fahrgäste in 490 zwei- und vierbettigen Kabinen aufnehmen. Alle Kabinen sind schlicht-behaglich ausgestattet. Licht, Luft und Sonne und jede Bequemlichkeit, das sind die Leitgedanken gewesen, die den Entwurf bestimmt haben. 5000 qm Deckfläche allein stehen den Reisenden zur Verfügung, die sinnvoll angebrachten Sonn-, Sport- und Liegedecks gewähren die größte Bequemlichkeit. Aus sämtlichen Kabinen schaut man aufs Meer. Innenkabinen gibt es nicht. Die Anlage der riesigen Speisesäle ermöglicht es, daß — im Gegensatz zu den bisherigen „Kraft-durch-Freude"-Fahrten — sämtliche 1400 Fahrgäste die Mahlzeiten zu gleicher Zeit einnehmen können. Besonders verdienen auch noch das große Schwimmbad auf Deck und das Café unter dem Oberdeck erwähnt zu werden, in dem man selbst bei Regenwetter im Freien sitzen kann.

Das grauenhafte Elend der Sudetendeutschen.

Eine bezeichnende schwedische Stimme.

DNB **Stockholm, 21. Dezember.**

„Nya Dagligt Allehanda" veröffentlicht in der Beilage „Kultur und Weltpolitik" einen Bericht über die Lage und die Lebensverhältnisse der Sudetendeutschen in der Tschechoslowakei. Das Bild, das hier hauptsächlich auf Grund von tschechischem Material gegeben wird, bezeichnet das Blatt selbst schon zu Beginn seiner Ausführungen als „ganz einfach erschütternd" und das umsomehr, als dies im Europa unserer Tage der Fall sei, im Zeichen des Völkerbundes und in einem Lande vorkomme, das diesem Bund angehöre und Anspruch erhebe, unter die zivilisierten Staaten gezählt zu werden. Nach einer erschütternden Darstellung der unbeschreiblichen Not dieses deutschen Volksstammes sagt das Blatt zum Schluß u. a. folgendes: Wohlgemerkt, es könne niemand den Verdacht hegen, diese tschechischen Berichte seien mit dem Willen zur Uebertreibung abgefaßt worden.

Die tschechischen Behörden hätten im Laufe der vergangenen Jahre nichts unternommen, um der Not abzuhelfen. Man habe sogar den Eindruck, daß die Behörden kaltblütig und nicht ohne Befriedigung zusehen, wie dieser fremde Volkssplitter untergehe. Es sei nämlich schon so weit gekommen, daß man sogar eigene Hilfsmaßnahmen unter den Sudetendeutschen verhindert habe. In gleicher Weise habe man alle Hilfeleistungen von reichsdeutscher Seite strengstens verboten. Nicht einmal ein anspruchsloser Beitrag in Form von Kleidern und Lebensmitteln habe über die Grenzen gebracht werden dürfen.

Nur eines habe man nicht verbieten können, das seien die Klagen der Unglücklichen. Wäre der Völkerbund nicht bloß eine Karikatur dessen, was er sein sollte, dann hätte er hier eine Aufgabe zu erfüllen. Aber von dieser Seite sei nichts zu erwarten. Das Blatt schließt: Wie schwer ist es doch, ein unterdrücktes Volk zu sein!

Eden aussichtsreichster Anwärter?

£ **London, 21. Dezember.**

Völkerbundsminister Eden ist am Freitag abend aus Genf nach London zurückgekehrt. Er begab sich sofort zum Ministerpräsidenten Baldwin und hatte eine halbstündige Unterredung mit ihm. Das der Regierung nahestehende Blatt „Daily Telegraph" meldet, daß Eden der aussichtsreichste Anwärter auf den freigewordenen Posten des Außenminister sei. Als mögliche Kandidaten werden ferner nur noch der Schatzkanzler Neville Chamberlain und sein Halbbruder Sir Austin Chamberlain genannt. Das Blatt meint, daß die Ernennung Neville Chamberlains zum Außenminister allgemeine Zustimmung finden würde. Mit guter Begründung könne jedoch mitgeteilt werden daß er das Amt des Schatzkanzlers behalten wolle.

Die Entscheidung Baldwins über die Neubesetzung wird voraussichtlich während des Wochenendes erfolgen.

Die Rückfragen bei den Mittelmeermächten.

DNB **London, 21. Dezember.**

Die Frage der gegenseitigen militärischen Unterstützung der Völkerbundsstaaten im Falle eines Angriffes wird von der Morgenpresse als Kernfrage der zukünftigen Entwickelung im italienisch-abessinischen Streit bezeichnet. Der diplomatische Mitarbeiter des „Daily Telegraph" meldet, die Frage, welche Beiträge andere Völkerbundsstaaten zur kollektiven militärischen Sicherheit leisten wollen, sei bisher neben Frankreich an Jugoslawien, die Türkei, Spanien und Griechenland gerichtet worden. Diese hätten zwar ihre Bereitschaft zum Ausdruck gebracht, sich an der praktischen Unterstützung in diesem weiteren Sanktionsabschnitt unter Artikel 16 der Satzung zu beteiligen, aber alle hätten auf Erwägungen dieser oder jener Art betont, es sei unwahrscheinlich, daß sie sofort aktive Schritte unternehmen könnten. Der diplomatische Korrespondent der „Morning Post" meldet mit Frankreich sei eine Vereinbarung zwischen der französischen und britischen Admiralität vorhanden, daß die britische Flotte notfalls Bizerta und andere französische Mittelmeerhäfen benützen könnte. Die Zurückhaltung Frankreichs, in einen Streit mit Italien verwickelt zu werden, habe bisher wenig Vertrauen eingeflößt.

Neuer Verhandlungstermin im Lohnstreit des englischen Bergbaus.

DNB **London, 21. Dezember.**

Der Unterausschuß der Bergarbeitergewerkschaft wird in der am 6. Januar beginnenden Woche mit Vertretern der Grubenbesitzer zusammentreffen. Auf dieser gemeinsamen Sitzung soll noch einmal die Forderung der Gewerkschaften auf eine für alle Bezirke in gleicher Weise gültigen Erhöhung der Löhne Gegenstand von Beratungen sein. Danach ist damit zu rechnen, daß die Krise im englischen Kohlenbergbau vor diesem Termin keine neue Entwicklung nehmen wird.

Scharfe antijapanische Rede

eines führenden amerikanischen Politikers.

$ **Washington, 21. Dezember.**

Der Vorsitzende des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten, Senator Pittman, hielt vor seiner Rückkehr nach Washington in Nevada eine aufsehenerregende Rede, in der er erklärte, daß Japan die Welt erobern wolle.

Senator Pittman, der zu den führenden Persönlichkeiten der regierenden demokratischen Partei gehört, führte unter anderem aus, daß die Vereinigten Staaten unweigerlich in einen Verteidigungskrieg im Stillen Ozean verwickelt werden würden, wenn die derzeitige japanische Regierung am Ruder bleibe. Er behauptete, daß die Eroberung Chinas der erste Schritt sei, dem ein japanischer Einfall auf den Philippinen in Hawai und an der Westküste der Vereinigten Staaten folgen werde. Er ging soweit, sogar von der Gefahr einer Besetzung der Westküste Mexikos und Südamerikas durch Japan zu sprechen.

Er erklärte, daß der Tag kommen werde, an dem Amerika um sein Dasein gegen Japan kämpfen müsse. Es könne vor Japans Vordringen entweder immer weiter zurückweichen oder sich entscheiden Japan zu erklären, „bis hierher und nicht weiter". Senator Pittman verwies darauf, daß der Völkerbund versagt habe und Japan mit den Bindungen Englands in Europa und der pazifistischen Gesinnung in Amerika rechne. Er schloß mit den Worten: „Nur vor einem hat Japan Angst, und das ist die Zusammenfassung der britischen und amerikanischen Flotte. Wenn die beiden Flotten gleichzeitig in der Nähe Japans Manöver abhalten sollten, so würde Japan klein beigeben, ohne daß wir einen Schuß abzugeben brauchten."

In maßgebenden Kreisen in Washington werden die Ausführungen von Senator Pittman nicht ernst genommen. Man betont, von der Rede vorher keine Kenntnis gehabt zu haben. Im Staatsdepartement wird der scharfe Ton gegen Japan um so mehr bedauert, als Pittman Vorsitzender des Senatsausschusses für auswärtige Angelegenheiten ist.

Das Urteil im Schulz-Gahmen-Prozeß.

)(**Dortmund, 21. Dezember.**

Im Prozeß gegen Schulz-Gahmen Vater und Sohn, einem Nachspiel zu dem großen Schwarzbrennerprozeß vor der großen Strafkammer des Landgerichts, wurde heute nachmittag das Urteil gefällt:

Der Angeklagte Paul Schulz-Gahmen wurde wegen Vermögensteuergefährdung zu einer Geldstrafe von 5000 ℳ und wegen Umsatzsteuergefährdung zu einer Geldstrafe von 30 000 Mark verurteilt. Die Strafen gelten als verbüßt. Der Angeklagte Karl Schulz-Gahmen wurde wegen Vermögensteuerhinterziehung und Umsatzsteuerhinterziehung unter Einbeziehung der früher erkannten Gefängnisstrafen zu einer Gesamtstrafe von 1 Jahr 5 Monaten Gefängnis und zu zwei Geldstrafen von 5000 ℳ und 30 000 ℳ verurteilt. Anstelle der beiden Geldstrafen treten ersatzweise 5 Tage bezw. 30 Tage Gefängnis. Dem Angeklagten Karl Schulz-Gahmen wurden 10 Monate und 27 Tage der erlittenen Untersuchungshaft angerechnet.

Schwedischer Dampfer explodiert.

DNB **Santos (Brasilien), 21. Dezember.**

Auf dem im Hafen von Santos liegenden schwedischen Dampfer „Britt-Marie" ereignete sich am Freitag eine Explosion, durch die das Schiff so schwer beschädigt wurde, daß es nach kurzer Zeit sank. Sechs Mann der Besatzung kamen ums Leben, während eine Anzahl weiterer Besatzungsmitglieder noch vermißt wird. Durch die Explosion gerieten zwei am Hafen liegende Kaufhäuser in Brand, und im Umkreis von mehreren Kilometern zersprangen die Fensterscheiben.

Neues in Kürze.

Im Einvernehmen mit dem Reichsministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung haben zwei der bekanntesten deutschen Spezialisten für Unfallmedizin, der Direktor der 1. chirurgischen Universitätsklinik, Prof. Dr. Magnus, und Prof. zur Verth, eine Berufung in das permanente Internationale Komitee für Studium der Unfallmedizin in Zürich angenommen. Der Präsident des Komitees ist Professor Zollinger, Zürich.

Im Militärgerichtsprozeß gegen den früheren Wiener Polizeidirektor Otto Steinhäusl wurde am Freitag das Urteil gesprochen. Steinhäusl wurde zu sieben Jahren schweren Kerkers unter Anrechnung der 1½ Jahre Untersuchungshaft verurteilt. Die dreitägige Verhandlung brachte jedoch keine wesentlich neuen Feststellungen, so daß irgendwelche konkreten Beweise für die aktive Mitschuld Steinhäusls an dem Putsch vom 25. Juli 1934 bei Schluß der Verhandlung noch nicht vorlagen.

Die beiden Hauptinhaber des Bank- und Börsengeschäfts Dettwyler & Co. in Zürich, Vater und Sohn Dettwyler, sind verhaftet worden. Es wird gegen sie eine Strafuntersuchung durchgeführt wegen Unterschlagung von rund einer Million Franken.

Der belgische Staatsminister und stellv. Vorsitzende der belgischen Kammer, Baron Emile Vitbaud, ist ganz plötzlich in einem Pariser Hotel gestorben, wo er seit zwei Tagen abgestiegen war. Baron Pitbaud stand im 70. Lebensjahre.

In Form eines Gala-Abends gelangte in der Komischen Oper in Paris „Tristan und Isolde" in deutscher Besetzung unter der musikalischen Leitung von Musikdirektor Elmendorff-Wiesbaden zur Aufführung.